

Auer Tageblatt und Anzeiger für das Erzgebirge

Verantwortlicher Redakteur
Herrn Dr. phil. h. c. h. Dr.
Herrn Dr. phil. h. c. h. Dr.
Herrn Dr. phil. h. c. h. Dr.
Herrn Dr. phil. h. c. h. Dr.

Nr. 138.

Donnerstag, den 16. Juni 1921.

16. Jahrgang.

Das Wichtigste vom Tage.

Die Polikantonen am Rhein haben nach dem ersten Monat ein Ergebnis von 10 Millionen Kranken gehabt.

Die Regierung will das gesamte Tatsachenmaterial über den mitteldeutschen Aufbruch einer billigen Ausgabe der Allgemeinheit zugänglich machen.

Wie aus München gemeldet wird, soll man einer der Brüder des Abgeordneten Gareis auf dem Wege sein. Voraussichtlich handelt es sich nicht um einen politischen Vorfall.

Im Unterhaus gab Lloyd George bekannt, daß man kurzem eine amtliche Abordnung nach Deutschland entsandt werden würde.

Deutschland dringt auf Befreiung Oberschlesiens.

Eine Note an die Entente-Regierungen.

Nach Paris, London und Rom ist gestern folgende Note abgegangen: Seit sechs Wochen hat Korfanth die Macht nahezu im gesamten Oberschlesien an sich genommen und in dem von seinen Banden besetzten Gebiet fast alle Befugnisse der interalliierten Kommission übernommen. Sechs Wochen erduldet die oberschlesische Bevölkerung die ungeheuren Leiden, welche der Rechtsbruch über alle Teile des Landes heraufgeschworen hat. Die Verluste an Menschenleben sind groß. Die kulturellen Häuser überall zerstört. Hunderte von friedlichen Bürgern sind verhaftet, aber ihr Schicksal ist nicht bekannt. Historische Bauten, wie Schlosser von Schmidsdorf und Stubendorf, in Bomben und Schindeln und viele andere sind dem Brandsturm der Insurgenten zum Opfer gefallen. Die Bauern und Gutbesitzer sind vertrieben. Vieh weggetrieben, Gebäude und Geräte zerstört. Die Einbringung der Ernte ist bereits in diesen Gegenden unmöglich. Nicht minder traurig sind die Verhältnisse bei der Industrie. Auch der Verkehr steht nahezu überall still. Der Volkswirtschaft findet in diesem verfallenen Lande einen gänzlich unbefruchteten Boden und breitet sich in erschreckender Weise aus. Die Herzen sind aber mit gefesselten Händen auf die deutsche Volk zusehen, wie unter den Augen der interalliierten Kommission, der die Verwaltung des Landes in treuen Händen übergeben war, keine Volksherrschaft brutaler Gewalt ausgeübt und die Früchte des Krieges preisgegeben werden. Sechs Wochen polnischen Terror sind unsere Volksgenossen hingegeben, so daß die interalliierte Kommission die geeigneten Mittel gefunden hätte, die allein eine Wiederherstellung des Aufstandes ermöglichten.

Seit Ende Mai sind erhebliche Truppenverlagerungen der Entente mit reichlichem Kriegsmaterial in Oberschlesien eingetroffen. Mit wenigen Ausnahmen und abgesehen von den großen Städten, die noch in der Hand der Deutschen sind, ist das gesamte Aufstandsgebiet nach wie vor im Besitz der Insurgenten geblieben, welche dort unumstößlich herrschen. Die Grenze nach Polen ist offen. Von dort kommt dauernder Zufluss von Waffen, Munition, sowie unter Mitnahme aller geraubten Güter abziehen und ihrem fanatischen Haß auf dem Rücken an den unschuldigen Bewohnern freien Lauf lassen. Die oberschlesische Bevölkerung und mit ihr das gesamte deutsche Volk haben mit einer Selbstbeherrschung, die von der gesamten Welt bewundert und anerkannt wird, bisher die Ruhe bewahrt. Der oberschlesische Selbstschutz hat zahlreiche Angriffe der Polen und trotz dringender Hilferufe aus den von Korfanth besetzten Gebieten seine Stellungen nicht weichen lassen. In dem Vertrauen, daß endlich energische Maßnahmen der interalliierten Kommission gegen Korfanth und seine Bande ergriffen werden. Die deutsche Regierung hat gegen die gegenwärtigen Zustände in Oberschlesien scharfste Verwahrung eingelegt. Sie sieht sich genötigt, den immer wiederholten Versuch, den oberschlesischen Selbstschutz auf einer Stufe mit den Insurgenten zu stellen, energisch zurückzuweisen und zu betonen, daß der von den Präsidenten der interalliierten Kommission beschlossene Weg, die Insurgenten durch Verhandlungen zum Abzug mit allen Waffen zu bewegen, nicht genügt ist, die Ruhe und Ordnung wiederherzustellen. Dieser Erfolg kann allein dadurch erzielt werden, daß der ernsteste Nachdruck durchgearbeitet und Oberschlesien allen Kräften von den Insurgenten getrennt wird. Geschleht dies nicht, so wird die volle und alleinige Verantwortung für alle Vorkommnisse

und ihre Folgen der interalliierten Kommission und ihrem Präsidenten zur Last fallen, der die Macht besitzt, durch energische Maßnahmen die Befreiung des Landes in kurzer Zeit herbeizuführen. Nach dem Friedensvertrag (Artikel 23) ist die interalliierte Kommission verpflichtet, mit Truppen der alliierten Mächte die Ordnung aufrechtzuerhalten. Die deutsche Regierung hält es nicht mit dem Friedensvertrag für vereinbar, wenn die interalliierte Kommission ihre Machtmittel nicht gegen die Insurgenten zum Einsatz bringt. Sie muß daher erneut und mit allem Nachdruck fordern, daß die Bevölkerung Oberschlesiens, die nach dem Ergebnis der Abstimmung bei weitem überwiegend deutsch ist, endlich überall und restlos von der Insurgentenherrschaft befreit wird.

Loucheurs Bericht.

Loucheur ist am Dienstag vormittag in Paris eingetroffen. Er erstattete gleich nach der Ankunft dem Ministerrat, der, wie jeden Dienstag, im Einfluß unter Vorsitz Millierands tagte, über seine Verhandlungen mit Rathenau Bericht. In dem amtlichen Bericht über den Ministerrat wird hervorgehoben, daß die Unterhaltungen von Wiesbaden ausschließlich die Wiedergutmachungsfrage betrafen. Der Temps stellt fest, daß die Zusammenkunft Loucheurs und Rathenaus auf eine Initiative der deutschen Regierung zurückzuführen ist. Diese habe bei Irland angeregt, die Eröffnung der französischen Kunstausstellung zu einer Zusammenkunft der beiden Wiederaufbauminister zu benutzen. Die Unterhaltung der Minister, die insgesamt 10 Stunden dauerte, habe ausschließlich in einem Meinungsaustausch bestanden. Rathenau und Loucheur hätten sich gegenseitig über die Auffassungen ihrer Regierungen von einigen Hauptfragen aufgeklärt. Der deutsche Minister habe z. B. die wichtigsten Bestimmungen des französischen Kriegsschadengesetzes nicht gekannt und sei auch über gewisse Gewährleistungen, welche die französische Regierung in der Frage des Wiederaufbaus der Städte berücksichtigen muß, nicht richtig informiert gewesen. Loucheur habe Rathenau weiter eine Reihe von Fragen unterbreitet, mit dem Ersuchen, sie in Erwägung zu ziehen, damit von deutscher Seite bald eine unabweisende Antwort erteilt werden könnte. Er habe auch neue Mitteilungen in der Frage der deutschen Holzhäuser erbeten, da die bisher geforderten Preise für Frankreich unvorstellbar seien. In der letzten Unterhaltung, der auch Staatssekretär Bergmann beiwohnte, sei verabredet worden, daß Bergmann am 24. Juni eine Zusammenkunft mit Loucheur in Paris haben wird. Bergmann werde in Paris die Verhandlungen fortsetzen, sobald Rathenau sein endgültiges Programm ausgearbeitet hat.

Loucheur sei, wie der Temps berichtet, von seiner Zusammenkunft mit Rathenau sehr befriedigt. Rathenau habe bisher keinen neuen Index zur Erlegung der 26 v. H. vom Werte der deutschen Ausgabe vorgeschlagen, sondern studiere diese Frage noch. In den Wiesbadener Unterhaltungen sei betont worden, daß deutsche Sachleistungen nur in relativ beschränktem Umfang zur Abtragung der deutschen Schuld zugelassen werden könnten. Sie würden kaum den 15. Teil der Gesamtschuld überschreiten. Der Bericht des Temps schließt mit den Worten: Diese vorbereitenden Unterhaltungen waren also, kurz gesagt, nur Sondierungsoperationen. Sie bestanden hauptsächlich in einem wirtschaftlichen Ueberblick. Ihre Bedeutung ist darum nicht weniger groß. Der Antragsgeant berichtet, die Berliner Regierung habe die Zusammenkunft in Wiesbaden durch Vermittlung des französischen Botschafters in Berlin angeregt. Zu den weiteren Verhandlungen werde von französischer Seite besonders Ministerialdirektor Seydoux hinzugezogen.

Keine Zusammenkunft Dr. Kosens mit Berthelot.

Die Pariser Meldung, daß nach der Konferenz Rathenau-Loucheur eine Zusammenkunft des deutschen Außenministers Dr. Rosen mit dem Ministerialdirektor des französischen Auswärtigen Amtes Berthelot geplant sei, hält man in Berliner politischen Kreisen für nicht zutreffend. Wenn in Wiesbaden eine weitere, über die Reparationsbesprechungen hinausgehende politische Aussprache vorbereitet worden wäre, zu der von französischer Seite ein Ministerialdirektor entsandt worden wäre, so würde den diplomatischen Gepflogenheiten entsprechend als deutscher Vertreter der Ministerialdirektor von Simson in Betracht gezogen worden sein. Im übrigen kann gesagt werden, daß man in deutschen politischen Kreisen eine direkte Aussprache zwischen den leitenden Staatsmännern der beiden Länder durchaus begrüßen würde, und daß die nicht unbefriedigenden Ergebnisse der Wiesbadener Konferenz den Wunsch nach weiteren direkten Verhandlungen nahelegen.

Die Resolution Porter.

Durch die Annahme der Resolution Porter im Senat des Kongresses wird, den gestrigen Meldungen aus Washington zufolge, der Kriegszustand zwischen Amerika und Deutschland als beendet erklärt. Da jedoch der amerikanische Senat der Resolution Knox zustimmte, die im Prinzip zwar dasselbe enthält, jedoch

eine Widerrufung der Kriegserklärung fordert, so besteht demnach ein Gegensatz zwischen den beiden Häusern der Union, ein Gegensatz, der vor dem Verhandlungsausschuß beigelegt werden wird. Was ist der wirkliche Grund für den erwähnten Gegensatz in der Annahme der Friedensresolution? Wenn man die Sache genauer betrachtet, so wird man unschwer erkennen, daß es sich hier im Grunde genommen um Formfragen handelt, die praktisch nur von geringer Bedeutung sind. Man kann den Frieden mit Deutschland recht gut wiederherstellen, auch ohne daß die Kriegserklärung widerrufen wird. Das Gefühl jedes ehrlichen amerikanischen Parlamentarier muß sich gegen eine solche Taktik sträuben, und man wird wohl nicht schlagfertig, wenn man hinter der ganzen Angelegenheit, hinter dem Hinauszögern der Wiederherstellung des Friedens mit Deutschland innere politische Beweggründe vermutet, die mit der auswärtigen Politik im Weissen Hause nicht das geringste zu tun haben. Man hat unter dem Sternbanner nach den letzten Wahlen eine große Enttäuschung erlebt. Durch die Haltung der demokratischen Partei hatten sich aller Augen auf die Republikaner gerichtet, auf die Partei, welche die Wilsonsche Politik in Grund und Boden zertrümmerte, und von der man jetzt einen neuen Kurs, eine Trennung von den Wirren der alten Welt sowie eine neue Aera amerikanischer Politik auf der bewährten, gesunden politischen Grundlage der Monroedoktrin erwartete. Infolgedessen strömten die amerikanischen Wähler ins republikanische Lager, und unter dem Banner des gestrigen Porters, die dem Bande der Präsidenten gab, warteten sich alle politischen Richtungen.

Das war der Anfang einer ungeheuren Reihe von Zwistigkeiten und Meinungsverschiedenheiten. Denn wenn man auch wohl im Prinzip derselben Ansicht war, so lag man sich dennoch bei geringeren Angelegenheiten dauernd in den Haaren. Was sich da abspielte, das ist zum größten Teil in der europäischen und namentlich den deutschen Öffentlichkeit wenig, ja fast gar nicht bekannt geworden. Man hatte diesseits des Ozeans Wichtigeres zu tun, als sich um die unablässigen Streitigkeiten in den Vereinigten Staaten zu kümmern. In Deutschland wußte man nur, daß die Union mit uns Frieden schließen will und es aus irgendwelchen Gründen für die man kein Versehen aufbringen konnte, nicht vermochte. Inzwischen hat sich in der republikanischen Partei Amerikas zwischen deren beiden extremen Flügeln ein solch starker Gegensatz herausgebildet, daß man schon fast von einer richtigen Spaltung sprechen kann. Die Folge davon ist ein unablässiges Hin und Her in allen möglichen Regierungsangelegenheiten. Nun wurde es aber allmählich Zeit, an die Ausarbeitung eines ordentlichen, dauerhaften Regierungsprogramms zu schreiben, das jedoch unter den beschriebenen Umständen begreiflicherweise nicht zustande kommen konnte. So geriet man denn in ernstliche Verlegenheit und war bemüht, nach Gründen für eine weitere Hinauszögerung der wichtigsten Angelegenheiten, so auch des Friedens mit Deutschland zu suchen. Daher die verschiedene Annahme der Friedensresolutionen Porter und Knox. Deutschland muß auch darunter leiden, daß die Republikaner in Amerika untereinander nicht einig werden können.

Englisch-amerikanischer Bündnisplan. Aufteilung der Meere zwischen England und Amerika.

Der Washingtoner Berichterstatter der Times meldet, daß Regierung und Präsident Harding den Wunsch haben und den Plan verfolgen, ein Aufkommenwirken zwischen den Vereinigten Staaten und dem britischen Reich in allen Fragen der Weltpolitik zustande zu bringen. Dieses von der amerikanischen Regierung erstrebte Einvernehmen zwischen den beiden Ländern würde nach der Times ohne eine formelle Allianz zwischen ihnen die Lösung der verschiedenen unerledigten Probleme ermöglichen und die Ordnung in der Welt wiederherstellen. Der Präsident kündigte an, daß der Vertrag von Versailles von den Vereinigten Staaten aller Wahrscheinlichkeit nach in nächster fernster Zeit ratifiziert wird, allerdings mit weitreichenden Vorbehalten. Es besteht Grund zu der Annahme, daß bereits durch Vermittlung des Obersten Rates ein Meinungsaustrausch mit den Ministern stattgefunden habe. In dem Sinne eines englisch-amerikanischen Zusammenwirkens würde die Seemacht ein wichtiger Faktor sein. Der Plan würde umfassen die Beschränkung der amerikanischen Seemacht auf dem Stillen Ozean und die Ueberlassung des Atlantischen Ozeans an England als britische Einflusphäre zur See. Das würde selbstverständlich die Bergschleichung auf den Gedanken eines englisch-japanischen Bündnisses notwendig machen.

Wie New York Herald aus Washington erzählt, ist die englisch-amerikanische Entente gegenüber im Weissen Hause ein Beratungsgegenstand erster Ordnung. Die Nachricht, daß der Präsident für einen Plan einer Vereinigung aller englisch sprechenden Völker gewonnen sei, überraschte sehr. Ob man im Staatsdepartement eine formelle Allianz mit England im Auge fasse, sei zweifelhaft; es werde aber möglicherweise